

Kölner China-Studien Online

Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas

Cologne China Studies Online

Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society

No. 1 / 1987

Thomas Scharping

Macht, Moral und Modernisierung,

Teil I: Die chinesischen Studentenunruhen und ihre Ursachen

Might, Morals and Modernization,

Part I: Background to the Chinese Student Unrest

Zusammenfassung: Die folgende Studie beschäftigt sich mit Verlauf und Ursachen der chinesischen Studentenunruhen von Ende 1986. Sie beginnt mit einer Chronologie der Ereignisse, die im Hinblick auf auslösende Faktoren und unmittelbare Anlässe, die regionale Verbreitung der Protestbewegung, die Forderungen der Demonstranten und die Verhaltensmuster der Beteiligten untersucht werden. Es folgt eine Analyse der tiefer liegenden Konfliktursachen auf ideologisch-programmatischer, personalpolitisch-institutioneller und sozio-ökonomischer Ebene. In diesem Zusammenhang werden auch die Hauptpunkte der innerparteiliche Debatte um die Reform des politischen Systems in China verfolgt.

Schlagworte: Studentenbewegung, Dissidenten, politische Reformen, Ideologie, Führungsorgane

Autor: Thomas Scharping (t.scharping@uni-koeln.de) ist Professor für Moderne China-Studien, Lehrstuhl für Neuere Geschichte / Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, an der Universität Köln.

Abstract: The following study covers the course and the background of the Chinese student unrest in late 1986. It starts with a chronology of developments which are examined in regard to triggering events and direct causes, the regional extent of the protest movement, student demands and patterns of behavior among the parties involved. The study continues with an analysis of deeper-rooted sources of conflict on the level of ideological and programmatic disagreements, leadership questions and institutional contradictions, as well as socio-economic problems. In this context, it also pursues the main issues of the inner-Party debate on political reforms in China.

Key words: Student movement, dissidents, political reforms, ideology, leadership organs

Author: Thomas Scharping (t.scharping@uni-koeln.de) is Professor for Modern Chinese Studies, Chair for Politics, Economy and Society of Modern China, at the University of Cologne, Germany.

Kölner China-Studien Online

Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas

Cologne China Studies Online

Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society

Die Kölner China-Studien Online - Arbeitspapiere zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas - sind eine Veröffentlichungsreihe der Modernen China-Studien, Lehrstuhl für Neuere Geschichte / Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, an der Universität zu Köln, Deutschland. Sie enthalten aktuelle Arbeitspapiere und frühere Analysen von andauernder Relevanz in deutscher oder englischer Sprache. Alle Studien sind nach dem Jahr ihrer Fertigstellung nummeriert und im Internet unter der Adresse www.china.uni-koeln.de/papers abrufbar. Soweit nicht anders angegeben, liegt das Copyright beim Autor.

Cologne China Studies Online – Working Papers on Chinese Politics, Economy and Society - is a publication series of Modern China Studies, Chair for Politics, Economy and Society of Modern China, at the University of Cologne, Germany. The series presents recent working papers and past analyses of continuing relevance in German or English language. All studies are numbered by year of completion and can be downloaded from the Internet address www.china.uni-koeln.de/papers. If not stated otherwise, the copyright stays with the authors.

**Moderne China-Studien, Universität zu Köln
Lehrstuhl für Neuere Geschichte /
Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas
Prof. Dr. Thomas Scharping
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln, Germany
Tel.: +49- 221- 470 5401/02
Fax: +49- 221- 470 5406
www.china.uni-koeln.de**

Thomas Scharping
Macht, Moral und Modernisierung,
Teil I: Die chinesischen Studentenunruhen und ihre Ursachen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zum Verlauf der Studentenunruhen.....	2
Die Ursachen	
1. Die Debatte über politische Reformen.....	7
2. Konflikte in der Partei.....	13
3. Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Probleme	18

Neun Jahre nach Beginn ihrer weltweit aufsehenerregenden Reformpolitik steht die Volksrepublik China heute möglicherweise an einem neuen Wendepunkt ihrer Entwicklung. Die Studentenunruhen vom November/Dezember 1986 und die seitdem eingetretenen politischen Veränderungen haben viele schon gesichert erscheinende Positionen der Reformpolitik erneut zur Disposition gestellt. Sie haben überdies demonstriert, wie labil der innere Zustand Chinas im Zuge des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs der letzten Jahre geworden ist. Der folgende Bericht versucht, Verlauf und Ursachen der chinesischen Studentenunruhen zu analysieren.

Zum Verlauf der Studentenunruhen

Eine Chronik der chinesischen Studentenunruhen muss mit der zweiten November-Woche des Jahres 1986 einsetzen, als es an mehreren chinesischen Universitäten zu örtlich begrenzten Demonstrationen und Wandzeitungsaktionen kam. Von welchem Ort dabei die Initialzündung für die bald ganz China erfassende Studentenbewegung ausgegangen ist, lässt sich heute nur schwer ermitteln. Offizielle Quellen lokalisieren die ersten Aktionen an der Pädagogischen Hochschule Ost-Chinas in Shanghai sowie an Universitäten der beiden nord-chinesischen Provinzhauptstädte Taiyuan und Ji'nan.¹ Auslöser der dort bereits Anfang November zu verzeichnenden Studentenproteste waren Klagen über zu schlechtes und teures Mensa-Essen, Unzufriedenheit über den Zwang zur Morgengymnastik und Beschwerden über eine selbtherrliche Universitätsverwaltung - vergleichsweise geringfügige Anlässe also, die sich jedoch binnen kurzer Zeit als Symptome einer tiefer liegenden Krise enthüllten.

Fang Lizhi, der im Januar 1987 aus der KPCh ausgestoßene ehemalige Vize-Rektor der Hochschule für Wissenschaft und Technik in Hefei, Provinz Anhui, wird heute von der chinesischen Führung dafür verantwortlich gemacht, das Feuer des studentischen Protestes geschürt und weiterverbreitet zu haben: Der in der Diskussion um politische Reformen hervorgetretene Intellektuelle reiste durch mehrere Universitätsstädte Ost-Chinas, wo er auf Diskussionsveranstaltungen Angriffe gegen die Korruption der Partei führte, Kritik an dem erstarrten Gedankengebäude des Marxismus-Leninismus übte und Chinas studentische Jugend dazu aufrief, sich größere demokratische Rechte selbst zu erkämpfen.²

Was sich heute nur indirekt aus den Materialien erschließen lässt ist die Tatsache, dass diese Aktivitäten offensichtlich mit Billigung der Propaganda-Abteilung des ZK erfolgten, die zum damaligen Zeitpunkt solchen Diskussionsveranstaltungen über demokratische Rechte und politische Reformen publizistische Rückendeckung verlieh. Das dieser Abteilung unterstellte Zentralorgan der Partei, die Pekinger "Volkszeitung", hatte jedenfalls im Oktober und November 1986 mit beträchtlichem Aufwand insgesamt fünf Artikel verbreitet, in denen sie an Fangs

¹ Beijing Rundschau, Nr.8, Peking 1987, S.18.

² Ebenda. Siehe auch: Xinhua, 19.1.1987; Zhongguo Xinwen She, 13.1.1987, in: BBC, Summary of World Broadcasts, Part 3: The Far East (hinfort: SWB), 21.1.1987.

Hochschule durchgeführte Experimente mit einer erweiterten demokratischen Mitbestimmung gepriesen und den heute entlassenen Vize-Rektor als engagierten Vertreter der Reformpolitik vorgestellt hatte.³

Was die Autoren der Parteipresse mit ihrer Aktion im Sinn hatten, waren eine beschränkte universitäre Selbstverwaltung im Bereich des Lehr-, Prüfungs- und Wohlfahrtswesens, ein in Selbstregie geführter Professorenklub sowie eine in größeren Abständen tagende Versammlung von Studentenvertretern. Außerdem wurden jährliche Rechenschaftsberichte der nach wie vor vom Staat eingesetzten Universitätsleitung gegenüber einem neu gebildeten Universitätskonzil gelobt. Was die durch das Versprechen einer umfassenden Reform des politischen Systems aufgerüttelten Studenten von Hefei bewegte, sprengte jedoch schon bald diesen Rahmen: Auf kurz zuvor stattgefundenen Diskussionsveranstaltungen für die Mängel des herrschenden Wahlverfahrens sensibilisiert, forderten sie das Recht, eigene Kandidaten für die Neuwahl des örtlichen Bezirks-Volkkongresses nominieren zu können, ohne dafür wie üblich erst den Konsens der zuständigen Partei- und Staatsorgane erhalten zu müssen.

In die hitzigen Debatten um Sinn und Widersinn der Wahlregeln, die bereits in der Vergangenheit mehrfach örtlich begrenzte Studentenunruhen ausgelöst hatten, schaltete sich am 30. November auch der frühere Parteichef von Anhui und jetzige stellvertretende Ministerpräsident Wan Li ein. Wan Li, ein enger Gefolgsmann Deng Xiaopings und Ko-Architekt der Reformpolitik, sah sich genötigt, an seinen alten Wirkungskreis nach Hefei zu eilen, um dort vor einem unruhigen Publikum die "Einheit von Demokratie und Zentralismus, Freiheit und Disziplin" zu verteidigen. Die chinesische Presse druckte am 4. Dezember über dieses Ereignis einen kurzen Bericht ab, der den bekannten Politiker in einer höchst ambivalenten Haltung zwischen Reformabsicht und Machterhaltungswillen zeigte.⁴ Nach inoffiziellen Quellen soll es dabei auch zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Wan Li und Fang Lizhi gekommen sein, in deren Verlauf sich Fang die studentischen Forderungen zu eigen machte und Wan eines autoritären Verhaltens zieh.⁵

Die Ereignisse des 4. Dezember scheinen den letzten Funken in die sich nun schnell weiter politisierende Studentebewegung getragen zu haben: Noch am gleichen Abend organisierten die Studenten der Universität für Wissenschaft und Technik eine Protestkundgebung, einen Tag später schlossen sich ihnen bei Straßendemonstrationen die Kommilitonen benachbarter Hochschulen aus Hefei an. Dabei zeigten sie Spruchbänder, auf denen sie eine "wahre Demokratie" und ein Ende der "feudalen Diktatur" forderten. Am 9. Dezember schließlich trugen Hefeis Studenten ihre Anliegen erneut bei einem Protestmarsch zum Sitz der Provinzregierung vor.⁶ Das Datum besaß symbolischen Gehalt, hatten doch 51 Jahre zuvor die Pekinger Studenten für eine anti-japanische Einheitsfront von Kommunisten und Nationalisten demonstriert und damit abermals den moralisch und national begründeten Anspruch der

³ Renmin Ribao, Peking (hinfort: RMRB), 22.10.1986, 26.10.1986, 31.10.1986, 4.11.1986, 14.11.1986. Siehe auch bereits Guangming Ribao, Peking (hinfort: GMRB), 1.1.1983.

⁴ GMRB, 4.12.1986.

⁵ Kyodo, 22.12.1986 (SWB, 24.12.1986); Zhengming, Nr.111, Hongkong 1987, S.10.

⁶ AFP, 10.12.1986; Zhengming, Nr.111, Hongkong 1987, S.11-12; Beijing Rundschau, Nr.8, Peking 1987, S.18-19.

chinesischen Intelligenz auf politische Mitgestaltung unter Beweis gestellt.⁷

Das Tempo, mit dem sich die Demonstrationen in den nächsten Tagen auf zahlreiche andere Universitätsstädte übertrugen, zeugt nicht nur von der weitverbreiteten, latenten Unruhe unter Chinas studentischer Jugend. Es ist nach Ansicht der Partei auch auf den Einfluss der Berichterstattung in westlichen Rundfunksendern zurückzuführen.⁸ Die sozio-politischen Nebenwirkungen der in den letzten Jahren durchgeführten Wirtschaftsreformen dürften jedoch ebenfalls eine Rolle gespielt haben: Freie Märkte, erhöhte Warenzirkulation und die Autonomie der ökonomischen Einheiten haben unausweichlich eine zunehmende Mobilität der Bevölkerung nach sich gezogen. Mit der physischen Mobilität ist die Ausweitung von Kommunikation und Organisation einhergegangen. Nachrichtenübermittlungsgeräte wie Telefon, Tonbandgerät und Druckerpresse, Verkehrsmittel wie Bus und Eisenbahn, die früher als Herrschaftsinstrumente einer strikten Kontrolle unterlagen, sind heute einem ständig wachsenden Personenkreis verfügbar geworden und dabei immer mehr der Parteiaufsicht entglitten. Und die Vielfalt neugegründeter Gremien im politischen und wissenschaftlichen, berufsständischen und wirtschaftlichen Bereich lässt sich nicht mehr ohne Mühe in den bewährten Rahmen der Einheitsfront unter kommunistischer Führung pressen. Chinas Studenten haben die dadurch entstandenen Freiräume genutzt und im Dezember 1986 binnen weniger Tage eine landesweite Bewegung initiiert, die nach einer unvollständigen Bestandsaufnahme der in Hongkong erscheinenden "Far Eastern Economic Review" bald 19 Hochschulorte erfasste.⁹

In Wuhan gingen die Studenten ebenfalls am 9. Dezember auf die Straße, um die Forderung nach einem uneingeschränkten Nominierungsrecht für Volkskongress-Kandidaten zu unterstützen. In der Wirtschaftssonderzone Shenzhen bei Hongkong forderten sie Maßnahmen gegen den Amtsmissbrauch von Funktionären und gegen die Erhöhung der Studiengebühren, in Chongqing löste ein Fußballspiel mit einer umstrittenen Schiedsrichterentscheidung eine Demonstration vor der örtlichen Parteizentrale aus. Weitere studentische Aktionen wurden aus den Universitätsstädten Zhengzhou, Changsha, Hengyang, Chengdu, Guiyang, Xi'an, Kunming, Tianjin, Nanking, Suzhou, Hangzhou und Kanton gemeldet. Anlass zu diesen Demonstrationen boten wiederum politische Schlagworte wie Pressezensur und Wahlverfahren, Bürokratismus und Diktatur oder materielle Beschwerden wie die Qualität des Mensa-Essens und die Höhe der Studiengebühren.¹⁰

Das größte Ausmaß nahmen die Studentendemonstrationen in Shanghai an. Hier hatte schon Anfang Dezember das Gastkonzert einer amerikanischen Rock-Gruppe zu Zusammenstößen zwischen ekstatischen Jugendlichen und der

⁷ Siehe hierzu: Van Slyke, Lyman P., *Enemies and Friends, The United Front in Chinese Communist History*, Stanford 1967, S.65-74.

⁸ Beijing Ribao, 5.1.1987 (SWB, 6.1.1987).

⁹ Far Eastern Economic Review, Hongkong, 8.1.1987.

¹⁰ Ebenda sowie Ausgabe vom 25.12.1986; Salzburger Nachrichten, Salzburg, 18.12.1986; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.12.1986; Die Welt, Hamburg, 24.12.1986; Radio Jiangsu, 26.12.1986 (SWB, 30.12.1986); Radio Henan, 1.1.1987 (SWB, 6.1.1987); Radio Zhejiang, 2.1.1987 (SWB 6.1.1987); Radio Yunnan, 3.1.1987 (SWB, 5.1.1987).

Polizei geführt, von der einige allzu begeisterte Tänzer kurzerhand verprügelt und eingesperrt worden waren.¹¹ Beschwerden über diese Übergriffe und Solidaritätsaktionen für die Studenten von Hefei eskalierten zu großen Kundgebungen, die zwischen dem 19. und 21. Dezember zehntausende von Studenten zum zentralen Versammlungsplatz der Stadt und von dort aus zum Rathaus führten.

Noch am 18. Dezember hatte der Bürgermeister von Shanghai die Jiaotong-Universität besucht und vergeblich versucht, der kommenden Woge Einhalt zu gebieten. Auf einer eilig einberufenen Studentenversammlung musste er sich statt dessen unziemliche Fragen über seine demokratische Legitimation, die Grenzen der Pressefreiheit und die Gründe gefallen lassen, die 1980 zur Streichung der verfassungsmäßigen Rechts auf Wandzeitungen geführt hatten. Als die Studenten einen Tag später auf die Straße gingen, richteten sich ihre Losungen wieder gegen "Bürokratismus" und "Privilegienwirtschaft", an deren Stelle "Demokratie", "Freiheit" und "Menschenrechte" gefordert wurden. Auch Protestplakate gegen die Inflation und angekündigte Preiserhöhungen, Klagen über die mangelnde Freiheit bei der Wahl von Beruf und Wohnsitz, positive Appelle und negative Schmähworte gegen Deng Xiaoping und Hu Yaobang wurden bemerkt. Eine an die Stadtverwaltung übergebene Petition verlangte die Legalisierung aller Protestaktionen, Garantien für die persönliche Sicherheit der Demonstranten, größere Pressefreiheit sowie eine Beschleunigung der politischen Reformen.¹²

Waren die ersten Reaktionen der Behörden noch durch Unsicherheit, teilweises Verständnis und ein für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich hohes Maß an Toleranz gekennzeichnet, so setzte sich ab dem 26. Dezember eine härtere Linie durch. An jenem Tag erließen die Pekinger und Shanghaier Stadtverwaltungen neue Bestimmungen, die alle weiteren Demonstrationen genehmigungspflichtig machten und einem strengen Reglement unterwarfen.¹³ Kurz zuvor hatte die Polizei damit begonnen, bei der Behandlung der Demonstranten politische Akzente zu setzen und langerprobte Spaltungstaktiken zu praktizieren. Während sie protestierende Schüler und Studenten weitgehend unbehelligt ließ, statuierte sie bei auffällig gewordenen Arbeitern ein Exempel: In Shanghai, Nanking und anderen Städten wurden solche Demonstranten verhaftet, die sich nicht als Studenten ausweisen konnten. Im Rundfunk verbreitete Meldungen, die offensichtlich das Ziel einer Abschreckung verfolgten, verurteilten sie als Randalierer und kriminelle Elemente. Gleichzeitig begann eine Pressekampagne damit, bei der Bevölkerung um Unterstützung zu werben. So wurden die Demonstranten für beeinträchtigte Arbeitsbedingungen, gestörte Einkaufsmöglichkeiten, Behinderungen des Verkehrs und Belästigungen von Passanten verantwortlich gemacht. Andere Presseberichte verbreiteten ausgiebige Schilderungen von Akten des Vandalismus, die bei den Unruhen zu beobachten waren, oder malten das Schreckensbild der Rotgardistenbewegung und des kulturrevolutionären Chaos an die Wand.¹⁴

¹¹ Der Spiegel, Hamburg, 5.1.1987, 12.1.1987.

¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 22.12.1986; Süddeutsche Zeitung, München, 24.12.1986; The Times, London, 22.12.1986, 24.12.1986, 27.12.1986; Zhengming, Nr.111, Hongkong 1987, S.7-10; ebenda, Nr.112, S.6-10.

¹³ Radio Peking, 26.12.1986; Radio Shanghai, 25.12.1986 (SWB, 30.12.1986).

¹⁴ Xinhua, 27.12.1986; Radio Jiangsu, 26.-27.12.1986; Radio Shanghai, 25.-27.12.1986 (SWB, 30.12.1986); Radio Peking, 5.1.1987 (SWB, 8.1.1987). Vgl. auch Beijing Rundschau, Nr.8, Peking 1987, S.18-19, sowie RMRB,

Dennoch konnten diese ersten Anzeichen eines neuen, härteren Kurses nicht verhindern, dass die Demonstrationen schließlich auch auf die Hauptstadt Peking übergriffen, an deren Hochschulen bis Mitte Dezember nur einige Wandzeitungen zur Unterstützung der Studenten von Hefei erschienen waren. Noch wenige Tage zuvor hatten sich die Pekinger Behörden in Sicherheit gewiegt: Das Stadtkomitee hatte eine Ausweitung der Demonstrationen auf Peking für unwahrscheinlich gehalten, der örtliche Studentenverband die Parole von der Demokratisierung in kleinen, realistischen Schritten ausgegeben.¹⁵

Am 23. Dezember jedoch zogen etwa 3000 Studenten von der Peking-Universität zur Volksuniversität, am 29. Dezember taten es ihnen Hunderte von Angehörigen der Pädagogischen Hochschule gleich. Was die Pekinger Behörden dabei besonders reizen musste, war die offene Missachtung der kurz zuvor erlassenen Demonstrationsbestimmungen. Statt um die vorgeschriebene Genehmigungspflicht nachzusuchen, verlangten die Demonstranten die Rücknahme der neuen Verfügung. Und statt eine Politik der kleinen Schritte zu akzeptieren, griffen sie auf Wandzeitungen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Wan Li an, der bei seinem nun schon berühmt gewordenen Disput mit Fang Lizhi in Hefei die These vertreten hatte, dass demokratische Rechte von oben gewährt würden und nicht von unten einklagbar wären. "Sklavenhaltermentalität" - so formulierten die Schreiber der Wandzeitung ihren Vorwurf an die Adresse des prominenten Reformpolitikers.¹⁶

Zum letzten Mal spitzte sich die Situation in Peking am Neujahrstag zu. Abermals versuchten Hunderte von Studenten, in Missachtung der behördlichen Demonstrationsauflagen zum Tiananmen-Platz im Herzen der Stadt zu marschieren. Sie wurden jedoch bereits vorher von der Polizei abgefangen und zerstreut. Danach verlagerte sich der Protest von der Straße wieder zurück auf das Hochschulgelände. Studentische Wandzeitungen griffen die entstehende Berichterstattung der offiziellen Presse an; einige besonders feindselige Zeitungsausgaben wurden in einem symbolischen Akt verbrannt. Am 4. Januar endlich bat ein Offener Brief an Deng Xiaoping um dessen persönliche Intervention, für die ihm großzügig eine Frist von zehn Tagen gesetzt wurde.¹⁷

Was die Verfasser des Offenen Briefes nicht wussten war die Tatsache, dass Deng Xiaoping zu diesem Zeitpunkt bereits interveniert hatte: Sein Eingreifen ließ die Protestbewegung nach der ersten Januarwoche rasch verebben, den Rest besorgten Zwischenprüfungen, die die Studenten in die Lehrräume zurücktrieben und mit den harten Konsequenzen schlechter Noten bedrohten.

23.12.1986.

¹⁵ Beijing Ribao, 18.12.1986 (SWB, 8.1.1987); AP, 14.12.1986.

¹⁶ The Times, London, 30.12.1986; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 31.12.1986; Kyodo, 29.12.1986 (SWB, 31.12.1986); Xinhua, 1.1.1987 (SWB, 3.1.1987).

¹⁷ Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 5.-6.1.1987; Ming Bao, Hongkong, 5.1.1987 (SWB, 7.1.1987).

Die Ursachen

1. Die Debatte über politische Reformen

Viele Kommentatoren der jüngsten Ereignisse haben auf den vagen Charakter der meisten studentischen Forderungen, auf die starke Formelhaftigkeit der bei den Protestmärschen vorgetragenen Anliegen hingewiesen. Konkret wurden die Demonstranten nur in wenigen Fällen, wo es um Preiserhöhungen, Studiengebühren und Beschwerden gegen polizeiliche Übergriffe ging. Sieht man einmal von dem Streit um das Wahlverfahren für Volkskongressdelegierte ab, so blieben alle politischen Forderungen merkwürdig abstrakt. Nicht selten erschöpften sie sich in der Wiederholung von Schlagworten, in der Berufung auf Symbole aus der politischen Tradition des Westens oder in der einfachen Provokation der Macht. Unerfahrenheit der Jugendlichen und mangelnde Vertrautheit mit alternativen Regierungsformen, das Monopol der Partei auf den Prozess der politischen Willensbildung und die Furcht vor Repressionsmaßnahmen sind sicherlich in hohem Maße für diese auffällige programmatische Blässe verantwortlich. Dennoch hat sich die Studentenbewegung nicht in einem Vakuum entwickelt. Sie hat vielmehr in direkter und indirekter Form auf die große Debatte über politische Reformen Bezug genommen, die von April bis Dezember 1986 in der chinesischen Öffentlichkeit geführt wurde.

Die von chinesischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten 1986 so ausgiebig diskutierte Reform des politischen Systems hat im Laufe jenes Jahres höchst vielfältige Interpretationen und Vorschläge erbracht. Insgesamt blieb der Begriff "Reform des politischen Systems" schillernd, wobei die Deutungsmöglichkeiten von einer schlichten Verwaltungsreform bis hin zu umfassenden Anleihen beim politischen System des Westens reichten. Häufig wirkten die Debatten dabei wie eine Neuauflage von Kontroversen, die Chinas Intellektuelle nun schon seit über hundert Jahren beschäftigen und stets um die Frage kreisen, wie das Reich der Mitte modernisiert werden kann, ohne dabei seine kulturelle Identität einzubüßen.

Die Brisanz dieses Themas, das an die Wurzeln chinesischen Selbstverständnisses geht und die Fundamente der Parteiherrschaft berührt, macht es verständlich, dass niemand anders als der mächtigste Mann im Staat den Anstoß zu der Debatte geben konnte. Wieder einmal war es Deng Xiaoping, der im April 1986 anlässlich einer Gouverneurskonferenz das neue und doch so alte Thema auf einer zunächst noch überschaubaren Ebene eingeführt hatte: Chinas starker Mann forderte politische Reformen angesichts der Tatsache, dass seine Wirtschaftsreformen auf Betriebsebene steckenblieben, weil die Machtstellung der dortigen Parteisekretäre ungebrochen war. Um Sand aus dem Getriebe zu entfernen, empfahl er, künftig die Betriebsleiter nicht mehr dem jeweiligen Parteikomitee unterzuordnen.¹⁸ Vier Monate später forderte er im gleichen Zusammenhang eine Auflösung der erst in den letzten Jahren neugegründeten Wirtschaftsgesellschaften, die sich nach seiner Auffassung aus einer Institution der Reform

¹⁸ Wenhui Bao, Hongkong, 21.-22.7.1986 (SWB, 25.7.1986). Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch die Analyse von Peter Schier, Die Diskussion um politische Reformen und ihre Hintergründe, in: China aktuell, Nr.8, Hamburg 1986, S.534-538.

zu einem Mittel der Restauration bürokratischer Interessen entwickelt haben.¹⁹

Dass solche Fälle der Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Fragen nur zwei Beispiele von vielen waren, deutete Deng im Frühsommer mehrfach gegenüber ausländischen Besuchern an, zu denen er von der Notwendigkeit einer "umfassenden Reform ... unter Einschluss gewisser politischer Reformen" sprach.²⁰ Dabei zählte er die Aufblähung des Partei- und Staatsapparats, die Unterbeschäftigung vieler Funktionäre, die Überwindung feudalistischer Denkgewohnheiten und ganz allgemein das in China chronische Problem des Bürokratismus zu den reformbedürftigen Bereichen.²¹ Noch deutlicher wurde Deng im Juni auf einer Arbeitskonferenz der KPCh, wo er abermals die in den letzten Jahren zutage getretenen Degenerationserscheinungen in der Partei kritisierte und ihre systembedingten Mängel ganz im Sinne des berühmten Wortes von Lord Acton benannte - Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.²²

Dengs kritische Äußerungen wurden sinngemäß in einem Kommentar der theoretischen Parteizeitschrift "Rote Fahne" abgedruckt.²³ Sie fielen in einem Klima, das wieder einmal durch die Symbolik politischer Gedenktage bestimmt war: Am 2.Mai 1986 begingen Chinas Politiker und Intellektuelle den 30. Jahrestag des Beginns der Hundert-Blumen-Bewegung. Vielen Teilnehmern wird dabei nicht zum Feiern zumute gewesen sein, ist doch die Erinnerung an diese so hoffnungsvoll begonnene Kampagne und ihr schließliches Einmünden in die politische Repression nur allzu präsent.²⁴

Auch diesmal wiederholte sich Geschichte: In nahtlosem Anschluss an die Kontroversen von 1956/57 diskutierten Chinas Intellektuelle über die Frage, ob hundert Blumen nur im akademischen Bereich wachsen könnten oder auch im politischen Leben der Nation einen Platz hätten. Argumente und Rollenverteilung waren eingespielt: Als Vertreter des konservativen Parteiflügels plädierte der Präsident der Akademie für Sozialwissenschaften, Hu Sheng, für die Einheitlichkeit der Politik und die Einengung der Diskussionsfreiheit auf den wissenschaftlichen Bereich.²⁵ Die dem Reformflügel zuneigende "Volkszeitung" demonstrierte am Beispiel von bislang eingehaltenen Tabuzonen der ökonomischen Forschung die Fragwürdigkeit solcher Unterscheidungen und ließ ein Plädoyer für die Meinungsfreiheit auch im politischen Sektor folgen.²⁶

Wie breit das Spektrum der Ansichten über den Inhalt der politischen Reform ist, hatte sich bereits Ende April auf

¹⁹ Dagong Bao, Hongkong, 8.8.1986.

²⁰ RMRB, 14.5.1986. Siehe auch RMRB, 29.3.1986, 14.4.1986, 20.4.1986.

²¹ Deng Xiaoping tan gaige kaifang yu heping fazhan wenti, in: Liaowang, Peking, 3.11.1986, S.10.

²² Siehe die Quellen unter Anmerkung 19!

²³ Yao yanjiu ruhe jinyibu gaige zhengzhi tizhi, in: Hongqi, Nr.15, Peking 1986, S.2.

²⁴ Siehe hierzu: MacFarquhar, Roderick, The Origins of the Cultural Revolution, Vol. I: Contradictions Among the People 1956-1957, London 1974.

²⁵ Hu Sheng, Guanyu jiaqiang shehui kexue yanjiu di jige wenti, in: Hongqi, Nr.9, Peking 1986, S.3-10.

²⁶ RMRB, 19.5.1986, 30.5.1986.

einem Diskussionsforum der Akademie für Sozialwissenschaften gezeigt. Das in der August-Ausgabe der Akademie-Zeitschrift "Chinesische Sozialwissenschaft" abgedruckte Tagungsprotokoll besitzt alle Aussichten, als historisches Dokument in die Geistesgeschichte des modernen China einzugehen.²⁷ Sein Inhalt verdient jedenfalls, an dieser Stelle ausführlicher referiert zu werden:

Das Tagungsprotokoll beginnt leise und vorsichtig. Es verweist auf zwei sehr verschiedene Grundhaltungen unter den Diskutanten: Während eine Gruppe der Akademie-Wissenschaftler eine Ausweitung der Reformpolitik vom rein wirtschaftlichen auf den politischen Sektor für unumgänglich hält, vertreten andere die Auffassung, politische Reformen zum jetzigen Zeitpunkt würden die Umgestaltung des Wirtschaftslebens beeinträchtigen und seien deshalb auf die 90er Jahre zu vertagen. Wieder andere Teilnehmer gingen in ihren Beiträgen von ideologischen Prämissen aus und argumentierten, dass nach dem Absterben der Klassen in der sozialistischen Gesellschaft der Staat nicht mehr als Organ der Klassenherrschaft gelten könne. Die Herrschaftsformen hätten sich demgemäß von der zentralistischen Kontrolle zur demokratischen Mitbestimmung zu wandeln.

Allen Debattenrednern gemeinsam war das Bemühen, eine spezifisch chinesische Form des sozialistischen Herrschaftssystems zu konstituieren und dabei ihre Freiheit zu Anleihen im Osten wie im Westen zu betonen. Als politisch erfahrene Menschen fügten sie allerdings an, dass das Führungsmonopol der KPCh eine unabdingbare Voraussetzung für alle Reformanstrengungen bleibt.

Nach diesen salvatorischen Klauseln kamen die Redner zur Sache. Sie attackierten den Einfluss des feudalistischen Denkens auf die politische Praxis der Gegenwart, die nach wie vor ethische Kategorien an die Stelle von Rechtsprinzipien setze und viele Bestimmungen über die Pflichten der Bürger, hingegen wenig Statuten über ihre Rechte kenne. Die noch allgemein gehaltenen Bemerkungen erhielten kaum verhüllte Aktualität, als sich das Forum der Frage zuwandte, wie "unsaubere Tendenzen" im politischen und wirtschaftlichen Leben bekämpft werden sollten. In dieser Frage, die angesichts der immer mehr um sich greifenden Korruption innerhalb der Partei heftig umstritten ist, bezogen die Wissenschaftler eindeutige Positionen: Sie sprachen sich gegen den ständigen Appell an das ideologische Bewusstsein aus und forderten statt dessen eine Beschäftigung mit den systembedingten Ursachen der Korruption.

Die auf dem Diskussionsforum vorgetragenen Rezepte zur Behebung der Systemmängel sind für chinesische Verhältnisse revolutionär. Sie überraschen durch das große Ausmaß, mit dem politische Leitbilder des Westens Eingang in die in China geführten ideologischen Diskussionen gefunden haben. Während einige Diskutanten nämlich noch ganz im Stile des Modernisierungsrhetorik von der Notwendigkeit zur "höheren Effizienz der Verwaltungsorgane" und zur "Verwissenschaftlichung der Entscheidungsprozesse" sprachen, waren andere längst zu neuen Ufern aufgebrochen: Sie ordneten ihre Vorstellungen zwei Schlüsselbegriffen zu, die wörtlich aus der politischen Kultur des Westens in das chinesische Vokabular übertragen wurden - "demokratische Mitbestimmung (minzhu canyu)" und "checks and balances (zhi heng)".

²⁷ Woguo di zhengzhi tizhi gaige yu zhengzhixue di fazhan, in: Zhongguo shehui kexue, Nr.4, Peking 1986, S.3-14.

Und hier war das Diskussionsforum nach eigenem Bekunden nun beim "zentralen Punkt" angelangt. Ohne lange Skrupel setzten sich die Teilnehmer für eine Übernahme des Erbes der Aufklärung in China ein. Sie plädierten für eine Rezeption der Naturrechtstheorie von Rousseau sowie der Gewaltenteilungslehren von Locke und Montesquieu - geistige Fremdkörper in der chinesischen Welt, die traditionell Recht durch Moral substituiert hat, durch soziale Hierarchie und zentralistische Bürokratie geprägt ist. Aber auch die Unterordnung des Naturrechts unter den Klassenbegriff, die Pariser Kommune von 1871 und Marxens Absage an die Gewaltenteilung, Lenins Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus und Wyschinskijs Formel von der Einheit der Autorität der Werktätigen schienen vergessen. Statt dessen bemühten sich die Redner mit großem Interpretationsaufwand, wenigstens Friedrich Engels eine positive Aussage zur Teilung der Drei Gewalten zu entlocken. Ihre eigenen Konsequenzen formulierten sie allerdings wieder vorsichtiger:

"Unsere politische Ordnung basiert auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Erfahrungen der Bourgeoisie beim Staatsaufbau für uns überhaupt keinen Informations- oder Vergleichswert besitzen."²⁸

Um welche Art von Erfahrungen es sich dabei handelt, geht schließlich aus den letzten Teilen des Tagungsprotokolls hervor, die einige konkrete Anregungen enthalten. Viele dieser Vorschläge erinnern dabei an Themen, die schon einmal in den Jahren 1979 und 1980 zur Diskussion standen, bevor sich die chinesischen Reformpolitiker nach den Klimabeschwerden des "Pekinger Frühlings" auf leninistische Führungsprinzipien zurückbesannen.²⁹

So schlugen die Sozialwissenschaftler vor, die allgemeinen Bestimmungen der Verfassung über die politischen Grundrechte durch entsprechend formulierte Presse- und Verlagsgesetze abzusichern. Der Nationale Volkskongress sollte von einem Honoratiorenremium zu einem echten Mitbestimmungsorgan aufgewertet, das Wahlverfahren für seine Abgeordneten demokratisiert werden. Lebenslange Ernennungen der Richter waren nach Auffassung der Debattenredner dazu geeignet, die Unabhängigkeit der Judikative zu stärken und endlich das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz durchzusetzen. In die gleiche Stoßrichtung zielten Vorschläge zur Einrichtung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen und zur Abschaffung der trotz aller rechtsstaatlichen Ansätze aufrechterhaltenen Praxis, nach der parteiinternes Recht staatliches Recht bricht. Und um das Maß ihrer unorthodoxen Ansichten vollzumachen, versicherten die Protokollanten der Tagung zum Schluss, dass alle diese Anregungen dem Ziel dienen, der Anerkennung eines "Interessenpluralismus" innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

²⁸ Ebenda, S.9.

²⁹ Siehe hierzu die Rede Deng Xiaopings vom 18.8.1980, *Dang he guojia lingdao zhidu di gaige*, in: Deng Xiaoping wenxuan, Peking 1983, S.280-302. Vgl. auch: Scharping, Thomas, *Probleme der chinesischen Reformpolitik*, Teil I: Recht, Bildung, Einkommen, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.5, Köln 1983, S.6-14; ebenda, Teil II: Sozial- und Regionalprobleme, Minderheiten, Innenpolitik, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.40, Köln 1983, S. 33-42.

Die hier ausführlich dargestellten Meinungen haben sich im Sommer 1986 als Wegbereiter einer größeren Debatte erwiesen, die bald auch in die Spalten der Parteipresse hineingetragen wurde. Viele der mutmaßlichen Teilnehmer an der April-Veranstaltung traten dabei in die Öffentlichkeit, um ihren Ansichten weiter Nachdruck zu verleihen. Sie wagten diesen Schritt, weil die Propaganda-Abteilung des ZK allen Intellektuellen das Recht auf Fehler zugestanden und sie ermuntert hatte, ohne Furcht vor Tabus die Probleme der wirtschaftlichen und politischen Systemreform zu diskutieren.³⁰

So nahm der Leiter des Akademie-Instituts für Marxismus-Leninismus und Maozedongideen, Su Shaozhi, das Wort vom Interessenpluralismus auf, um in der "Volkszeitung" gegen den Parteiabsolutismus sowie für eine wirkliche Respektierung der Rede-, Publikations-, Informations- und Versammlungsfreiheit zu argumentieren. Darum wissend, dass die immer wieder beschworenen Vier Grundprinzipien (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung der Partei, am Marxismus-Leninismus und den Maozedongideen) nach wie vor unverrückbare Grenzen der Meinungsfreiheit abstecken, führte er listig die Idee vom bewussten Verzicht auf eine einheitliche Sozialismus-Interpretation in die Debatte ein.³¹ Yan Jiaqi, der Direktor des neugegründeten Akademie-Instituts für Politische Wissenschaft, trennte die Reformvorschläge in kurz- und langfristige Projekte. Zu ersteren zählte er die Reform des Kadersystems, die Straffung der Verwaltung und die Trennung von Partei und Staat, zu letzteren die Umgestaltung des Führungssystems, die Einführung von Elementen der Gewaltenteilung und Änderungen am Gesetzgebungsverfahren.³²

Li Honglin, der Präsident der Provinz Akademie Fujian, unterstützte die Pekinger Vorstöße mit der Bemerkung, die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte dürften nicht ständig unter Berufung auf die Diktatur des Proletariats außer Kraft gesetzt werden.³³ Und Fei Xiaotong, heute Vorsitzender einer bürgerlichen Minderheitspartei und Chinas angesehenster Soziologe, wiederholte seine schon in der Hundert-Blumen-Bewegung geäußerte Ansicht, dass Partei- und Staatsapparat einer wirksamen Kontrolle durch Volkskongress und Einheitsfrontorgane, Presse und öffentliche Meinung unterworfen werden müssten.³⁴ Andere Vertreter der Minderheitsparteien nahmen den Faden der Hundert-Blumen-Bewegung beherzter auf und ergänzten seine eher milden Anregungen mit der frechen Bemerkung, ihre Organisationen wären "keine gesellschaftlichen Vereine oder Wohlfahrtsorgane, sondern politische Parteien."³⁵

Weitere Stimmen aus dem Kreis reformfreudiger Intellektueller füllten von Mai bis August 1986 die Spalten der Zeitungen.³⁶ Doch auch deren politische Redaktionen waren auf den neuen Kurs eingestimmt. So stellte ein

³⁰ Wenhui Bao, Hongkong, 21.-22.7.1986 (SWB, 25.7.1986); Liaowang, Peking, 1.7.1986, S.4; RMRB, 30.8.1986.

³¹ RMRB, 15.8.1986.

³² Dagong Bao, Hongkong, 13.7.1986.

³³ Shijie Jingji Daobao, Shanghai, 2.6.1986 (SWB, 30.7.1986).

³⁴ GMRB, 30.7.1986.

³⁵ Zhengming, Nr.109, Hongkong 1986, S.13-14.

³⁶ Siehe z.B. GMRB, 14.7.1986; Gongren Ribao, Peking (hinfort: GRRB), 30.5.1986; Wenyi Bao, Peking, 7.8.1986.

anonymer Kommentar der "Guangming Ribao" den Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Systemreform mit der Bemerkung her, Kreativität und Aktivität bildeten Grundvoraussetzungen ökonomischer Produktivität.³⁷ Die "Arbeiterzeitung" hielt weitere Fortschritte bei den Wirtschaftsreformen ohne gleichzeitige politische Veränderungen für unmöglich. Sie schloss sich dem Kampf gegen die absolute Machtballung an, rief zum Studium ausländischer Erfahrungen auf, lehnte die Einstufung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten als bürgerliche Losungen ab und bezeichnete sie als Allgemeingut der Menschheit.³⁸ Die gleiche Auffassung wurde auch noch Mitte Dezember vom Zentralorgan der Partei vertreten.³⁹

Aus den später veröffentlichten Anklagen gegen führende Theoretiker des Reformkurses wissen wir, dass hinter den Kulissen eine noch unverblümtere Sprache gesprochen wurde. So wurde von ungenannten Personen selbst innerhalb der Zentralen Parteischule der Vorschlag geäußert, die allgegenwärtigen Parteizellen der KPCh aufzulösen und zum Mehrparteiensystem überzugehen.⁴⁰ Der bereits mehrfach erwähnte Vize-Rektor der Universität für Wissenschaft und Technik, Fang Lizhi, erklärte den Bankrott des sozialistischen Systems in China, an dessen Stelle er die politischen und wirtschaftlichen Institutionen des Westens gesetzt sehen wollte. Als Hauptkennzeichen der chinesischen feudalistischen Herrschaftsform definierte er die Identität von Macht- und Moralzentrum - eine Tradition, die seiner Meinung nach von der Kommunistischen Partei voll übernommen wurde.⁴¹ Der im Januar 1987 ebenfalls aus der Partei verstoßene Kulturfunktionär Wang Ruowang bezeichnete es als Illusion, mittels des sozialistischen Systems in einem riesigen Entwicklungsland die Stufe des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft überspringen zu können. Seine neue Fassung des alten chinesischen Modernisierungsproblems, in dem sich zugleich auch das generelle Dilemma des Sozialismus in rückständigen Staaten spiegelt, ist einer Zitierung wert:

"Wissenschaft und Technik im Kapitalismus stehen nicht isoliert da, sie sind aus der dortigen Ideologie, der ideologischen Basis, hervorgegangen. Wenn wir nur Wissenschaft und Technik ohne die dazugehörige Ideologie einführen, ist das, als ob man Computer-Hardware ohne die Software importiert. Es ist leer."⁴²

Fang Lizhi und Wang Ruowang markieren innerhalb der chinesischen Reformdebatte sicherlich extreme Positionen, die nicht ohne Grund für eine öffentliche Kritik ausgesondert wurden. Viele Intellektuelle mögen innerlich ihre Meinung teilen, werden sich jedoch hüten, dies nach außen kundzutun. Die Mehrzahl der an den Diskussionen beteiligten Personen hat sich strikt innerhalb eines zwar bemerkenswert weit gesteckten, aber dennoch deutlich vorhandenen Rahmens bewegt. So verbirgt sich in vielen Reformvorschlägen unter der Oberfläche theoretischer Kreativität ein harter Kern an Konformität. Zahlreiche der oben vorgestellten Reformbeiträge enthalten in kritischen

³⁷ GMRB, 7.6.1986.

³⁸ GRRB, 30.5.1986, 1.8.1986.

³⁹ RMRB, 15.12.1986.

⁴⁰ Zhengming, Nr.110, Hongkong 1986, S.10.

⁴¹ Xinhua, 19.1.1987; Zhongguo Xinwen She, 13.1.1987 (SWB, 21.1.1987).

⁴² RMRB, 18.1.1987.

Punkten Passagen, die sich bei genauerer Lektüre als festgelegte Formeln oder immer neue Paraphrasierungen einiger weniger Grundgedanken enthüllen. Ein Beispiel für diesen Sachverhalt liefert das stereotype Wort vom "Vergleichswert des westlichen politischen Systems", das zwischen April und August 1986 in zahlreichen Reformbeiträgen auftaucht⁴³.

Man wird nicht fehl in der Annahme gehen, dass in solchen Fällen die betreffenden Formulierungen nicht der Feder intellektueller Autoren, sondern dem Mund eines hohen Parteiführers entsprungen sind. Doch die Partei sprach auch in den Debatten des Jahres 1986 mit mehreren Zungen. Der nur allzu deutliche Dissens und die personalpolitischen Konflikte innerhalb ihrer Führungsorgane sind für das Debakel der Studentenbewegung mitverantwortlich.

2. Konflikte in der Partei

Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass innerhalb des Reformflügels der Partei im Sommer 1986 weitgehende Einigung über die baldige Durchführung politischer Reformen erzielt worden war. Die Weichen dazu wurden von Deng Xiaoping gestellt, der am 28. Juni vor dem Ständigen Ausschuss des Politbüros das weitere Schicksal der Wirtschaftsreformen von flankierenden Maßnahmen im politischen Bereich abhängig gemacht hatte. Er griff dabei die Disziplinarkontrollkommissionen der Partei an, die seiner Ansicht nach zu viele Korruptionsfälle an sich zogen, anstatt die schuldigen Parteimitglieder der Polizei und den Gerichten zu überantworten.⁴⁴

Die Kritik an der Arbeit der Disziplinarkontrollkommissionen enthält gleich in mehrfacher Hinsicht politischen Zündstoff: Auf einer rechtlichen Ebene wirft sie zunächst erneut die Grundsatzfrage auf, ob sich die Partei als eine Organisation unter vielen den allgemeinen Gesetzen unterzuordnen hat oder ob sie weiterhin unter Hinweis auf ihre Führungsrolle Sonderregelungen beanspruchen kann. Hinter dieser offensichtlichen Problematik verbirgt sich jedoch noch eine zweite, weniger stark artikulierte Konfliktebene, die politisch umstrittene Frage nämlich nach Ursachen und Charakter der Verfallserscheinungen im Parteileben.

Denn während der konservative Parteiflügel die Reformpolitik selbst für das Ausufern der Korruption verantwortlich macht, beschwerten sich führende Reformpolitiker darüber, dass wirtschaftliche Belebungsmaßnahmen von den Disziplinarkontrollkommissionen als Vergehen geahndet werden. Der Dissens spiegelt die Probleme eines zwischen Markt und Plan, zwischen dem persönlichen Gewinnstreben einerseits und dem Prinzip eines staatlich verwalteten Gemeinwohls andererseits schwankenden Mischsystems, das eine entsprechende Mischmoral mit ungeklärten Verhaltensnormen hervorgebracht hat. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür sind die großen Anstrengungen der

⁴³ Siehe hierzu S.21 des vorliegenden Aufsatzes sowie Wenhui Bao, Hongkong, 8.6.1986; Dagong Bao, Hongkong, 1.8.1986; Shijie Jingji Daobao, Shanghai, 25.8.1986.

⁴⁴ Zhengming, Nr.107, Hongkong 1986, S.6-10; ebenda, Nr.108, Hongkong 1986, S.8-12.

Parteipresse, zwischen "Reformern mit Fehlern" und "eigennützigem Gesetzesbrechern" zu unterscheiden.⁴⁵ Der Konflikt erhält seine volle Schärfe durch das Zusammenfallen von ideologischen und institutionellen Gegensätzen, stehen sich doch als Exponenten der verschiedenen Lager Chen Yun und Zhao Ziyang gegenüber, der eine als Vorsitzender der Disziplinarkontrollkommission des ZK, zweiter Mann in der Partei und prominenter Reformkritiker, der andere als für die Reformimplementierung zuständiger Ministerpräsident, der bereits einmal von den Wellen eines größeren Korruptionsskandals berührt wurde.⁴⁶

Der Sommer 1986 sah den Reformflügel der Partei in der Offensive. Ab Ende Juni jedenfalls konnten alle Deng Xiaoping nahestehenden Politiker mit Äußerungen zu Protokoll genommen werden, die seine vor dem Ständigen Ausschuss des Politbüros vertretenen Ansichten nachhaltig unterstützten. Das gilt für den damaligen Generalsekretär der Partei, Hu Yaobang, wie für Ministerpräsident Zhao Ziyang, für dessen Stellvertreter Wan Li und Tian Jiyun ebenso wie für die von Deng und Hu favorisierten Nachwuchspolitiker Hu Qili und Wang Zhaoguo.⁴⁷ Tian Jiyun beispielsweise unterstützte die politische Reform, erinnerte jedoch auch an die weiterbestehende Gültigkeit der Vier Grundprinzipien.⁴⁸ Der später in die Studentendemonstrationen verwickelte Vize-Ministerpräsident Wan Li sprach sich Ende Juli für eine Demokratisierung und Versachlichung der Entscheidungsprozesse auch innerhalb der Partei aus. Er verwendete wieder das Stereotyp "Vergleichswert bürgerlicher politischer Institutionen", kündigte die "volle Verwirklichung der verfassungsmäßigen Redefreiheit" an und kommentierte die Einwände innerhalb der Partei mit der Selbstsicherheit und dem Harmonieverständnis eines paternalistischen Herrschers:

"Ein großes sozialistisches Land mit einer Milliarde Menschen kann nicht durch einige verletzende Worte oder durch die Unruhestiftung von Menschen mit unlauteren Absichten, die sich gewisse Probleme zunutze machen, zerstört werden - es muss nur die Linie der Führung stimmen, die Politik muss ausgeglichen, das Volk zufrieden sein, und es muss überall ein Aufschwung herrschen."⁴⁹

Am weitesten in der Öffentlichkeit wagten sich Hu Yaobang und der Leiter der Propaganda-Abteilung des ZK, Zhu Houze, vor. So erklärte sich Hu dazu bereit, im Zuge der politischen Reformen auch unrealistische und veraltete Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufzugeben.⁵⁰ Zhu assistierte ihm mit der Bemerkung, ständige Fehler hätten seit 1956 zu einem Niedergang des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung geführt.⁵¹ Während Hu

⁴⁵ RMRB, 29.9.1985.

⁴⁶ Vgl. hierzu Scharping, Thomas, Chinas Reformpolitik auf dem Prüfstand, Die Delegiertenkonferenz der KPCh von September 1985, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.9, Köln 1986, S.12-13, 38-43; Zhengming, Nr.108, Hongkong 1986, S.8-12.

⁴⁷ Wenhui Bao, Hongkong, 21.-22.7.1986 (SWB, 25.7.1986); Dagong Bao, Hongkong, 18.1986, 6.8.1986.

⁴⁸ Ebenda, 6.8.1986.

⁴⁹ Dagong Bao, Hongkong, 1.8.1986; Zhengming, Nr.109, Hongkong 1986, S.13-14.

⁵⁰ RMRB, 23.6.1986.

⁵¹ Wenzhai Bao, 29.6.1986 (SWB, 10.7.1986).

und Zhu die weiteren Implikationen der politischen Reformen ansprachen, umriss Wang Zhaoguo, der Leiter des Allgemeinen Amtes beim ZK, in einer Rede vor der Zentralen Parteischule die unmittelbaren Aufgaben. In seinem Katalog der politischen Reformmaßnahmen finden sich sechs pragmatischer gefasste Punkte, über die anscheinend bis Mitte Juli 1986 Einigung erzielt worden war: Reduzierung der Bürokratie, Erhöhung der Effektivität des Verwaltungsapparates und Reform des Kadernsystems, Ausbau der Rechtsordnung, Entwicklung der sozialistischen Demokratie sowie eine bessere Arbeitsteilung zwischen Partei- und Staatsorganen.⁵²

Allen Bekundungen der Geschlossenheit zum Trotz hat das Projekt der politischen Reformen die innerparteilichen Konflikte ganz offensichtlich verschärft. Erste Indizien dafür waren bereits im Juni 1986 zu registrieren, als hohe Parteiführer wie Hu Yaobang und Xu Jiatao den mehrfach angekündigten und zuletzt für Ende 1987 vorhergesagten Rückzug Deng Xiaopings aus den Führungsgremien zu dementieren begannen.⁵³ Anfang September äußerte sich Deng Xiaoping zu den Spekulationen um seine Person mit Worten, die ebenfalls eine Bereitschaft zum Verbleiben im Amt anzeigten.⁵⁴ Vor allem das Militär scheint sich weiter geweigert zu haben, Hu Yaobang als Nachfolger Dengs an der Spitze der Militärkommission des ZK zu akzeptieren.⁵⁵ In der feingesponnenen Welt der Pekinger Palastintrigen wandelten sich die Huldigungen an Deng in ein Mittel, die bis dahin betriebene Personalplanung zu blockieren: ohne Dengs Rücktritt kein Rücktritt der anderen Veteranen im Politbüro, ohne Hüs Übernahme der Militärkommission kein neuer Generalsekretär aus den Reihen der Nachwuchskräfte. Es ist jedenfalls auffällig, dass bereits im Sommer 1986 die ein Jahr zuvor so stark in den Vordergrund gerückte Parole vom Aufbau einer "dritten Linie" in der Parteispitze aus der Propaganda verschwindet. Im Herbst setzt sich diese Linie mit Diskussionen um die angeblich mangelnde Qualifikation der Nachwuchspolitiker Li Peng, Tian Jiyun und Hu Qili fort, von denen eine gewöhnlich gut unterrichtete Hongkonger Quelle zu berichten weiß.⁵⁶

Auf informellen Konferenzen in Beidaihe, die dem 6.Plenum des XII.ZK (23.-28.9.1986) vorangingen, scheinen sich die personellen und programmatischen Konflikte zugespitzt zu haben. Weder über den künftigen Rahmen der politischen Reformen noch über die Einschätzung der bisherigen Wirtschaftsreformen konnte in den Führungsgremien der Partei Einigkeit erzielt werden. Die Beschlüsse des Politbüros zur Einberufung des XIII. Parteitag für Oktober 1987 wurden bestätigt, die zu dessen Vorbereitung notwendigen Personalentscheidungen jedoch vertagt. Und nur mit Mühe konnte nach insgesamt neun Entwürfen ein "Beschluss des ZK der KPCh über die Richtlinien für den Aufbau einer geistigen Kultur des Sozialismus" verabschiedet werden.⁵⁷

Dieses Dokument ist als Reaktion auf Vorwürfe des konservativen Parteiflügels entstanden, der ein Jahr zuvor die

⁵² Wang Zhaoguo, Gaohao gaige shi zhongqingnian ganbu diyi wei lishi zeren, in: Hongqi, Nr.17, Peking 1986, S.6-15.

⁵³ Dagong Bao, Hongkong, 13.6.1986, 21.6.1986.

⁵⁴ Beijing Rundschau, Nr.38, Peking 1986, S.8.

⁵⁵ Zhengming, Nr.110, Hongkong 1986, S.6-8.

⁵⁶ Zhengming, Nr.107, Hongkong 1986, S.6-10; ebenda, Nr.108, S.6-8.

⁵⁷ Siehe die Quellen unter Anmerkung 55 sowie Zhengming, Nr.109, Hongkong 1986, S.6-10.

einseitige Betonung materieller Werte im Zuge der Wirtschaftsreformen gerügt hatte. Als typisches Kompromissdokument definierte der ZK-Beschluss den "Aufbau der geistigen Kultur" auf zweierlei Weise: Im Sinne des konservativen Parteiflügels forderte er eine "Hebung des ideologischen und moralischen Niveaus", auf der Linie des Reformflügels verlangte er "die Weiterentwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur". Mit semantischer Feinarbeit wurde die Diskussionsfreiheit auf "akademische und schriftstellerische Freiheit ... sowie Freiheit der Diskussion und Freiheit der Kritik und Gegenkritik" begrenzt, hinsichtlich der politischen Sphäre nur von "natürlichen ... Meinungsverschiedenheiten über Theorie und praktische Arbeit" gesprochen. In der Marxismus-Diskussion löste der ZK-Beschluss die Probleme mit der Feststellung, es wäre "falsch, den Marxismus als Dogma zu betrachten, aber es wäre ebenso falsch, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus zu verneinen." Und in der Debatte um die politische Reform unterstrich er die Bedeutung der Vier Grundprinzipien, verbunden mit der Notwendigkeit "eingehender Untersuchungen". Auch das durch Deng Xiaoping geprägte Schlagwort vom Kampf gegen den "bürgerlichen Liberalismus" taucht bereits in der ZK-Resolution auf.⁵⁸

Nach den Hoffnung erweckenden Debatten des Sommers ist dieser Beschluss unter den chinesischen Intellektuellen als Rückschlag empfunden worden, wurden doch alle diskutierten Demokratisierungsschritte vertagt. In der Hongkonger Parteipresse war bereits Anfang August zu lesen, dass die Zeit für sie noch nicht reif sei, in der Pekinger "Wirtschaftszeitung" vom 24.September wurde präzisiert, dass nur Verbesserungen innerhalb des sozialistischen Rahmens, nicht jedoch ein neues politisches System oder alternative Modelle zur Diskussion stünden.⁵⁹ Die "Volkszeitung" schließlich bestätigte den Vertagungsbeschluss gerade einen Tag vor dem 9.Dezember, dem Gedenktag der Studentenunruhen von 1935.⁶⁰

Auch in der Partei scheint das 6.Plenum als Signal für weitere Angriffe auf den Reformkurs verstanden worden zu sein. Zum Nationalfeiertag am 1.Oktober sah sich die Parteipresse nicht in der Lage, den ansonsten üblichen Leitartikel zu veröffentlichen. Auch Deng Xiaopings und Hu Yaobangs Reden vor dem ZK-Plenum wurden nicht publiziert. Statt dessen begann sich der konservative Parteiflügel erneut zu formieren. Ein zuverlässiges Mittel zur Standortbestimmung der Führungskader stellt dabei abermals ihre Praxis des selektiven Zitierens dar. So legte der Initiator der 1983 geführten Kampagne gegen "geistige Verschmutzung", das Politbüro-Mitglied Deng Liqun, größten Wert auf jene Sätze der ZK-Resolution, in denen von der Notwendigkeit zu "Nationalstolz, Selbstachtung und Selbstvertrauen" die Rede war.⁶¹ Vor allem aber trat der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, das Politbüromitglied Peng Zhen (87), an Stelle des siechen Chen Yun als Wortführer der konservativen Kräfte auf.

Pengs Rede vom 28.10.1986 zum Studium der ZK-Beschlüsse kann als Kampfansage gegen das Reformprogramm gelesen werden. Der mit Hinweisen auf den sozialistischen Charakter der Volksrepublik China gespickte und bezeichnenderweise erst im Januar 1987 veröffentlichte Text erwähnte die Systemmängel der bestehenden Ordnung

⁵⁸ Beijing Rundschau, Nr.40, Peking 1986, S.I-XII.

⁵⁹ Jingji Ribao, Peking, 24.9.1986.

⁶⁰ RMRB, 8.12.1986.

⁶¹ Dagong Bao, Hongkong, 30.9.1986.

mit keinem Wort. Er verneinte jegliche Überholtheit des Marxismus und stellte die enthüllende Frage: "Was könnte sonst seinen Platz einnehmen?" Ungerührt von der Kritik am feudalistischen Charakter ideologisch-bürokratischer Herrschaft wiederholte er das traditionelle chinesische Credo der Macht:

"Bei der Führung der Partei stellt die ideologisch-politische Führung den wesentlichsten, den wichtigsten Punkt dar."

Und wie als Vorankündigung kommender Ereignisse forderte er den Parteiausschluss von Personen, die "ihren beim Eintritt in die Partei gegebenen Eid nicht mehr einhalten".⁶²

Einen Monat später wurde Peng Zhen in einer weiteren Rede noch massiver. Er wehrte die Kritik am Machtmissbrauch der Partei und die Anerkennung eines "Interessenpluralismus" ab:

"Außer den Interessen der Arbeiterklasse und dem Wohl der breiten Volksmassen besitzt die Partei kein eigenes Sonderanliegen. Das wird so vom Parteistatut bestimmt."

Er bestand auf der ungebrochenen Gültigkeit der marxistischen Theorie:

"Ob gestern, heute oder morgen - das kommunistische Ideal ist Kraftquelle und geistige Stütze unser Parteimitglieder und aller fortschrittlichen Elemente. Wenn wir dieses Ideal verlieren, werden wir auch unsere Kraftquelle und geistige Stütze verlieren, werden wir möglicherweise in die Gefahr von Abwegen geraten."

Und er bestritt jeglichen "Vergleichswert" der politischen Ordnung des Westens:

"Unsere Demokratie ist unvergleichlich breiter als die bürgerliche Demokratie..., die eine Demokratie zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems darstellt, eine Demokratie, über die immer mehr vom Monopolkapital verfügt wird."⁶³

Die engagierten Vertreter des Reformlagers befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Rückzug. In der Shanghaier Akademie-Zeitung "Shijie Jingji Daobao" schlugen sie wenige Tage vor den großen Demonstrationen noch einmal zurück:

"Manche Leute behaupten, die Bourgeoisie praktiziere eine Pseudo-Demokratie. Wir jedoch besitzen nicht einmal Pseudo-Demokratie."⁶⁴

⁶² RMRB, 15.1.1987.

⁶³ RMRB, 27.11.1986.

⁶⁴ Shijie Jingji Daobao, Shanghai, 15.12.1986, nach: AP, 16.12.1986.

Die konservativen Kräfte jedoch steigerten ihre politischen Aktivitäten Ende 1986 merklich weiter. Anfang Dezember verabschiedete Pengs Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses ein revidiertes Wahlgesetz, das den Forderungen nach einer freieren Kandidatenkür nicht entgegenkam.⁶⁵ Wenig später findet sich Peng Zhens Name unter den Teilnehmern einer Sitzung der Militärkommission des ZK im Dezember 1986, obwohl er nicht zu den Mitgliedern dieses Gremiums zählt. Er gehört zu den Briefschreibern, die im Oktober und November Beschwerde gegen Hu Yaobangs Wirken im Amt führen und in der Person des KP-Generalsekretärs auch wesentliche Punkte des Reformprogramms angreifen. Und er steht dabei nach Hongkonger Informationen an der Spitze einer stattlichen Phalanx von Hu Yaobang-Feinden, der auch die hohen Parteiführer Chen Yun (86), Li Xiannian (85) und Deng Yingchao (84), Nie Rongzhen (88), Hu Qiaomu (82), Bo Yibo (80) und Wang Zhen (79), Yü Qiuli (73), Yang Shangkun (83), Xi Zhongxun (74) und Yang Dezhi (77) zuzurechnen sind. Ihre Anklagepunkte gegen Hus Amtsführung lauten diesen Berichten nach: Förderung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, Bevorzugung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft und Zurückstellung wichtiger Investitionen zugunsten von Konsumbedürfnissen, ideologische Laschheit, Begünstigung einer gesellschaftlichen Tendenz zur Verwestlichung, Duldung von bürgerlichem Liberalismus in der Partei und Fraktionalismus durch Begünstigung ehemaliger Führungskader des Kommunistischen Jugendverbands.⁶⁶

Angeblich ist bereits im November 1986 auf einer gemeinsamen Sitzung von ZK-Sekretariat und Ständigem Ausschuss des Politbüros beschlossen worden, Hu auf dem XIII. Parteitag durch Zhao Ziyang abzulösen.⁶⁷ Wie immer auch diese nachträgliche Meldung bewertet werden mag - Tatsache bleibt, dass die Parteiführung bei Ausbruch der Studentenunruhen in sich gespalten war. Ihre widersprüchlichen Äußerungen verstärkten den Protest an der Basis; ihre vertagten Konflikte verunsicherten die örtlichen Entscheidungsträger, die bei Ausbruch der Studentendemonstrationen keine klaren Verhaltensregeln besaßen.

3. Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Probleme

Eine Analyse der Ursachen für die Studentenbewegung von Ende 1986 wäre unvollständig, würde sie nicht Problemfelder ansprechen, die über den unmittelbaren Anlas der Ereignisse hinausführen. Theoretische Debatten haben den Demonstranten Stichworte geliefert, Konflikte in der Partei ihnen Spielräume verschafft - die allgemein verbreitete Unruhe unter Chinas Jugend aber ist durch den gesellschaftlichen Umbruch eingetreten, der die Wirtschaftsreformen der letzten Jahren begleitet hat. Vor allem die Veränderungen der bildungspolitischen Landschaft, die Tendenzen der Arbeitspolitik, die Entwicklung von Einkommen und Preisen und die Umschichtungen der städtischen Bevölkerungsstruktur spielen hierbei eine nicht zu übersehende Rolle.

⁶⁵ Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao, Nr.33, Peking 1986, S.999-1010. Vgl. auch China aktuell, Nr.12, Hamburg 1986, S.755.

⁶⁶ Zhengming, Nr.112, Hongkong 1987, S.6-10,15.

⁶⁷ Ebenda, S.39.

Nicht zuletzt sind die Unruhen schließlich auch Ausdruck eines heftigen Generationenkonflikts, der die chinesische Gesellschaft erschüttert und in der gegenwärtigen Phase politische Mächtigkeit erlangt hat. Der Generationenkonflikt besitzt seine sozialen, ideologischen und politischen Seiten: Er vollzieht sich vor dem Hintergrund einer ungünstigen Altersstruktur, die gegenwärtig überproportional viele junge Menschen in das Hochschulalter oder Erwerbsleben eintreten lässt. Die aus der Geburtenwelle von 1963 bis 1971 stammenden Jahrgänge kommen aus Familien, die in ihren Sozialisationsaufgaben durch die Kulturrevolution schwer beeinträchtigt wurden. Nicht der Pathos einer gerade siegreichen Revolution, nicht die Verheißungen einer Aufbauperiode, sondern die Nachwirkungen eines jahrelangen Bürgerkrieges und eine Erbschaft zerstörter Ideale wurden ihnen in die Wiege gelegt.

An politischen Appellen zeigt diese Generation wenig Interesse, die Befriedigung lang aufgetauter Konsumbedürfnisse und eine ausgesprochene Skepsis gegenüber allen Verlautbarungen der Partei prägen ihr Verhalten. Die Revolution ist für sie Vergangenheit, die Auseinandersetzung Chinas mit den imperialistischen Staaten zu einem toten Propagandaklischee geworden. Begierig auf neue Anregungen von außen, sucht Chinas Jugend ihre Orientierungspunkte heute nicht in der eigenen Tradition, sondern in einer oftmals verklärt gesehenen westlichen Welt.⁶⁸

Dieser radikale Einstellungswandel hinterlässt in der chinesischen Gesellschaft überall seine Spuren. Er führt zu Konfrontationen, bei denen sich politische und gesellschaftliche Gegensätze wechselseitig durchdringen. Ob Diskofieber oder frühe Liebesbeziehungen, ob Cash-and-Carry-Mentalität oder Desinteresse an der politischen Schulung - Chinas ältere Generation ist entsetzt über das, was sie bei ihren Enkeln als Mangel an Disziplin und Pflichtbewusstsein, Tugend und nationaler Würde empfindet. Chinas Jugend revanchiert sich dafür bei ihren Altvorderen mit einer Betrugsanklage, ist doch der Abstand zwischen den hehren Prinzipien und der häufig so armseligen Realität der Parteiherrschaft im Zuge der Reformpolitik immer offensichtlicher geworden. Bei diesem Gegensatz sind Macht und Moral abermals höchst ungleichmäßig verteilt: Das Monopol für die Definition von Verhaltensnormen liegt bei der älteren Generation. Und trotz aller Maßnahmen zur Verjüngung des Kaderstamms bleibt die mangelnde Aufstiegsmobilität weiterhin gravierend, werden alle ausschlaggebenden Entscheidungen weiterhin von Veteranen gefällt.

Bei den Studentenunruhen hat sich die politische Brisanz des Generationenkonflikts deutlich wie selten zuvor offenbart. Der Umstand, daß ein Fußballspiel oder ein Konzert mit westlicher Rock-Musik zum unmittelbaren Auslöser größerer Unruhen wurden, sprach in diesem Zusammenhang für sich. Und ebenso unmissverständlich war die Botschaft, als sich eine Woche später fünf 70 bis 80 Jahre alte Greise am Sitz des Zentralkomitees zu einer Art Gegendemonstration versammelten: Am 27. Dezember feierten die konservativen Parteiführer Wang Zhen, Bo Yibo, Song Renqiong, Hu Qiaomu und Deng Liqun dort einen traditionellen Moritatenerzähler und sein Repertoire aus dem dritten Jahrhundert, priesen "Fleiß, Mut, Zukunftsvertrauen und Stolz" des chinesischen Volkes, beklagten den "nationalen Nihilismus" der Jugend und die Tendenz zur "totalen Verwestlichung". Am nächsten Tag machte

⁶⁸ Als Dokument des Wertewandels siehe z.B.: Zhang Xinxin und Sang Ye, Pekingmenschen, Köln 1986.

die Parteipresse diese Zusammenkunft zum wichtigsten Ereignis des Tages.⁶⁹

Generationenkonflikt und Wertewandel sind auch auf gesellschaftspolitischem Feld virulent. Chinas Schüler und Studenten sehen sich heute mit arbeits- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert, die sich im Laufe der letzten Jahre stark verändert haben. Nach wie vor bleibt die Beschäftigungssituation gespannt. Den jährlich 6 bis 8 Mio. Neuzugängen auf dem städtischen Arbeitsmarkt stehen nur 4 bis 5 Mio. neu zu besetzende Arbeitsplätze im staatlichen Sektor gegenüber.⁷⁰ Zusätzlicher Druck entsteht durch das hohe Maß an Unterbeschäftigung innerhalb der städtischen Arbeiter- und Beamenschaft, wo ca. 20% der Arbeitsplätze fortionalisiert werden könnten.⁷¹

In ihrem strukturell bedingtem Konflikt zwischen Beschäftigungs- und Wachstumsziel hat die chinesische Führung in den letzten Jahren immer deutlicher für das Wachstum optiert. Sie hat einen steigenden Anteil von Jugendlichen auf weniger attraktive Stellen im kollektiv- oder privatwirtschaftlichen Bereich verwiesen, und sie hat in den Staatsbetrieben Weiterbeschäftigung und Entlohnung immer mehr von Qualifikation und Arbeitshaltung abhängig gemacht. Im Sommer 1986 wurde eine Diskussion um die Legitimität von Arbeitsmarktbeziehungen in einer sozialistischen Gesellschaft aufgenommen. Den tiefsten Einschnitt bedeutete jedoch die Abschaffung der Beschäftigungsgarantie: Im September 1986 begannen die Staatsbetriebe, Neueinstellungen nur noch auf der Basis von Zeitverträgen vorzunehmen, wobei ihrem Stammpersonal allerdings die Besitzstandswahrung versprochen wurde.⁷²

Chinas Bevölkerung und die von diesen Maßnahmen am meisten betroffene Jugend hat auf die teilweise revolutionären Neuerungen mit gemischten Gefühlen reagiert. Trotz den von der Partei des Staatseigentums offerierten Lockungen des privaten Unternehmertums mit potentieller Vermögensbildung für die Erfolgreichen verharren Kollektiv- und Privatbetriebe an unterer Stelle der sozialen Rangskala. Aus gutem Grund, fehlen doch hier viele Sozialversicherungsleistungen und liegen die Durchschnittslöhne rund 20% unter dem Niveau der Staatsbetriebe. Zwar wird die Logik der Wirtschaftsreformen vom Großteil der Bevölkerung dank jahrelanger Aufklärungsarbeit rational nachvollzogen, doch bleibt das Sicherheitsbedürfnis auf der emotionalen Ebene größer als die Risikobereitschaft. Wie hoch die politische Wirksamkeit solcher gesellschaftlichen Reflexe auf die Wirtschaftsreformen in China bewertet wird, zeigen die demoskopischen Umfragen, die die von Ministerpräsident Zhao Ziyang geleitete Staatskommission für Wirtschaftsreformen auf diesem Sektor durchführt.⁷³

Unter diesen Umständen macht sich bei der Zuteilung von Stellen im privaten und kollektiven Sektor ein negativer Selektionsmechanismus bemerkbar. Hier ist in den letzten Jahren eine städtische Bevölkerungsschicht entstanden, die einerseits Keime eines erfolgreichen, neuen Unternehmertums, andererseits aber auch den Bodensatz der Gesell-

⁶⁹ RMRB, 29.12.1968; GMRB, 29.12.1986.

⁷⁰ Zhongguo tongji nianjian (hinfort: ZTN) 1986, Peking 1986, S.136.

⁷¹ Renkou yanjiu, Nr.4, Peking 1981, S.42-44; GRRB, 23.8.1986.

⁷² GRRB, 30.6.1986, 19.7.1986; GMRB, 12.7.1986; RMRB, 10.9.1986.

⁷³ ZTN 1986, S.658-650; Jingji Ribao, Peking, 12.7.1986; Zhongguo Qingnian Bao, Peking, 3.9.1986; Gaige: Women mianlin di tiaozhan yu xuanze, Peking 1986, S.112-158.

schaft enthält. In den chinesischen Innenstädten ist der Anteil der vom privaten Gewerbe abhängigen Menschen von ca. 0,2% im Jahre 1978 auf gegenwärtig fast 4% gestiegen, der Anteil der von kollektivwirtschaftlichen Aktivitäten Abhängigen von ca. 23% auf 27% angewachsen.⁷⁴ Diese weiter zunehmende Gruppe hat sich in den letzten Jahren als besonders anfällig für alle Arten der Kriminalität erwiesen. Ähnliches gilt für die steigende Zahl von Migranten, die im Zuge der Wirtschaftsreformen in die chinesischen Städte eingeströmt sind.⁷⁵ Beide Gruppen stellen ein Reservoir an Aggression und Gewalttätigkeit dar, das bei Demonstrationen nur allzu leicht mobilisierbar ist.

Besondere Züge besitzt die Beschäftigungsproblematik für Chinas Akademiker, die nicht von Arbeitslosigkeit bedroht sind, sondern im Zeichen der Modernisierungspolitik eine umkämpfte Mangelware darstellen. Diese Tatsache verschafft ihnen bis heute im Gegensatz zu den übrigen Beschäftigten eine Arbeitsplatzgarantie, setzt sie aber gleichzeitig allen Härten einer Planwirtschaft aus: Mangelwaren von strategischer Bedeutung werden per Zuteilung zentralistisch verwaltet. Wer ihrer einmal habhaft geworden ist, hortet sie in einem Vorratslager, selbst wenn er gegenwärtig keine sinnvolle Verwendung für sie findet.

Angesichts regional und sektoral äußerst unterschiedlicher Einsatzbedingungen besitzt die Mangelware eine natürliche Tendenz, sich an den am besten ausgestatteten Orten zu konzentrieren. Der Konzentrationsprozess vollzieht sich nicht im Rahmen offener Marktbeziehungen, sondern operiert nach den Regeln einer bürokratisch-paternalistisch-familiaristisch verfassten Schattenwirtschaft. Entstehen dabei allzu große Ungleichgewichte, dann werden neue planwirtschaftliche Eingriffe nötig, die auf einem so stark von menschlichen Verhaltensweisen abhängigen Feld wie den Arbeitsbeziehungen auch schnell den Gedanken an begleitende Kampagnen zur besseren Motivierung der Zuteilungsobjekte nahelegen. Solche Kampagnen aber stören das Wirtschaftsleben und können sich leicht als Bumerang erweisen.

Die Alternative für den so rationalen Planungsansatz mit seinen höchst irrationalen Folgeproblemen stellt auch hier die Einführung von Marktverhältnissen dar. Sie lösen das Problem der Fehlallokationen, leeren die Vorratslager und lenken die Mangelware an den Ort ihres wirkungsvollsten Einsatzes. Leider führen sie jedoch in einem Land von der Größe Chinas mit seinem extremen Regionalgefälle zu krassen Ballungs- bzw. Verknappungseffekten, die politisch inakzeptabel sind. Deshalb werden plan- und marktwirtschaftliche Mischsysteme eingeführt, die in sich voller Spannungen stecken.

Alle diese Phänomene lassen sich an den jüngsten Entwicklungen der Beschäftigungspolitik für Akademiker verfolgen. Die Reformpolitik verstärkte zunächst die Klagen über den Fehleinsatz, die durch Regionalinteressen blockierte berufliche Mobilität und die fehlende Motivierung von Intellektuellen⁷⁶. Parallel zu den Klagen beschleunigte sich der Rückstrom qualifizierter Arbeitskräfte in die großen Metropolen, so z.B. nach Shanghai, wohin 1977-85 rund 25.000 Techniker aus den Außengebieten zurückkehrten. Es folgten die Stimmen des Protestes aus

⁷⁴ Eigene Berechnungen.

⁷⁵ Siehe z.B. Radio Zhejiang, 4.1.1986; Radio Lhasa, 21.4.1986 (SWB 8.1.1986, 26.4.1986).

⁷⁶ RMRB, 13.12.1981; Jingji Ribao, Peking, 1.2.1983; Xinhua, 4.12.1984 (SWB, 7.12.1984).

den rückständigen Gebieten, für die hier stellvertretend zwei Außenzonen mit besonders schwierigen Verhältnissen zitiert seien: Fast 10.000 chinesische Techniker sollen zwischen 1979 und 1982 im Zeichen größerer Freizügigkeit aus der zentralasiatischen Minderheitenregion Xinjiang abgewandert sein. Im gleichen Zeitraum standen ihnen ganze 13 (sic!) freiwillige Meldungen für das unwirtliche Grenzgebiet gegenüber.⁷⁷ In solchen Zahlen ist der Braindrain an einheimischen Fachkräften noch nicht erfasst, wie das Beispiel Süd-Yunnan zeigt: Dorthin kehrten zwischen 1973-80 nur 25% der an die Universitäten entsandten eigenen Jugendlichen zurück.⁷⁸

Die schon Ende 1982 eingeleiteten und 1985 formalisierten Maßnahmen zur Diversifizierung des starren Systems der Arbeitsplatzzuteilung sind deshalb Kompromisse. Sie sehen neue Formen der Arbeitsplatzvermittlung durch direkte Kontakte zwischen Ausbildungsstätte und Arbeitgeber oder die eigene Arbeitssuche der Absolventen vor, führen befristete Stellenzuteilungen und Rotationen ein, halten aber bezeichnenderweise für den Großteil der Studienabgänger am Prinzip der zentral geplanten Zuteilung fest.⁷⁹

In der Praxis hat das vor dem Hintergrund der erwähnten Abwanderungstendenzen und angesichts erster Sättigungserscheinungen bei den attraktiveren, gehobenen Stellungen einen wieder zunehmenden Druck auf die Hochschulabgänger erzeugt, unbeliebte Stellen im Hinterland anzutreten. 1986 mündete dies erneut in eine entsprechenden Mobilisierungskampagne für über 10.000 Absolventen ein, die mit finanziellen und politischen Machtmitteln in rückständige Gebiete abkommandiert wurden.⁸⁰ Trotz des breiten Spektrums an Möglichkeiten zur Druckausübung haben sich jedoch die Zeiten gewandelt: Immer mehr Hochschulabsolventen widersetzen sich den Arbeitsplatzzuteilungen, was zu ständigen Spannungen im Universitätsleben führt.⁸¹ Dabei wird das Verlangen nach freier Berufswahl auch zunehmend als Menschenrecht eingeklagt.

Die starke Expansion des Bildungssektors in den letzten Jahren hat solche Probleme teilweise gelindert, teilweise aber auch weiter verschärft. Zwischen 1978 und 1985 hat sich die Zahl der Hochschulen und Studenten mehr als verdoppelt (598 bzw. 1016 Hochschulen, 0,8 Mio. bzw. 1,7 Mio. Studenten), noch höher ist der Zuwachs bei den informellen Bildungswegen.⁸² Angesichts der beschränkten finanziellen Mittel des Staates sind hierfür alle zusätzlichen Reserven mobilisiert worden: Privat- und Abendschulen, Fernsehlehrgänge und Korrespondenzkurse, Neugründungen unter der Regie der bürgerlichen Minderheitsparteien und ihrer intellektuellen Klientel, überseechinesisch und ausländisch finanzierte Hochschulerweiterungen, Zweigschulen in städtischer oder regionaler Eigenverantwortung - sie alle dokumentieren eine kaum noch überschaubare Vielfalt des Hochschulwesens und die Existenz eines wahren Bildungsfiebers, das in der chinesischen Gesellschaft ausgebrochen ist. Es hat gegenwärtig

⁷⁷ Cao Liqun, Woguo jingji tizhi gaige guocheng zhong di renkou qianyi wenti, in: Renkou xuekan, Nr.2, Changchun 1985, S.11. Zur ähnlichen Situation in Tibet, Qinghai und Gansu siehe RMRB, 8.9.1980.

⁷⁸ GMRB, 6.10.1982.

⁷⁹ Xinhua, 21.1.1983, 14.7.1985 (SWB, 4.2.1983, 14.7.1985); Radio Peking, 29.12.1986.

⁸⁰ Siehe z.B. RMRB, 19.7.1986; GRRB, 23.8.1986; GMRB, 5.12.1986.

⁸¹ Xinhua, 15.7.1983 (SWB, 28.7.1983); RMRB, 3.3.1984.

⁸² ZTN 1986, S.723ff.

solche Formen angenommen, dass die Ausbildung von genügend Facharbeitern ein Problem zu werden droht, weil niemand unter den Qualifizierten dafür Interesse zeigt.

Die Qualität der verfügbaren Arbeitsplätze wird den hierbei geweckten Erwartungen, die Ausstattung der meisten Hochschulen den dadurch entstandenen Ausbildungsproblemen nicht entfernt gerecht. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis hat sich überall deutlich verschlechtert, speziell den unterfinanzierten Neugründungen mangelt es an Wohnheimen, Kantinen, Bibliotheken und Lehrräumen.⁸³ Als unausweichliche Folge solcher Verhältnisse haben sich die dem chinesischen Erziehungswesen seit jeher inhärenten Tendenzen zur Hierarchisierung der Bildungschancen weiter verschärft. Nicht mehr ein Studienplatz allgemein ist gefragt - wichtig ist es, die richtige Schule mit den besten Lehrern, den größten Bibliotheken, den höchsten Stipendien, den einflussreichsten Verbindungen zu besuchen. Und dafür sind nicht allein nur beste Prüfungsergebnisse und eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung sondern für Selbstzahler zunehmend auch hohe Studiengebühren zu entrichten.

Wo starker Leistungsdruck und ausgeprägte Erwartungshaltungen, allfällige Mangelerscheinungen, unsichere Berufschancen und ein wachsendes Maß an Ökonomisierung der Hochschulen den Studentenalltag prägen, da gewinnen Lebenshaltungskosten und Preisniveau eine nicht zu übersehende Bedeutung. Bereits im Herbst 1985 sind die chinesischen Studenten mit Parolen gegen die japanische Importflut und die inländischen Preissteigerungen auf die Straße gegangen. Ihre Proteste drohten damals auch auf andere städtische Bevölkerungskreise überzugreifen, die auf die im Mai 1985 beschlossene Erhöhung der Lebensmittelpreise mit Hamsterkäufen, illegalen Wandzeitungen und spürbarer Unruhe reagiert hatten. Zahlreiche Spitzenpolitiker fühlten sich bemüßigt, an die Hochschulen zu eilen, um bei den Studenten um Verständnis für ihre Politik zu werben.⁸⁴

1986 haben die Preiserhöhungen andauert. Neben Lebensmitteln und Beförderungskosten sind die für Akademiker wichtigen und traditionell stark subventionierten Buchpreise besonders stark angestiegen. Weitere Preiserhöhungen bei anderen Produkten waren kurz vor Ausbruch der Studentenunruhen angekündigt worden.⁸⁵ Chinesischen Eigenangaben zufolge hatte die Inflationsrate schon 1985 mit beinahe 9% den höchsten Wert seit Gründung der Volksrepublik erreicht, die Jahre 1951 und 1961 ausgenommen.⁸⁶ Unabhängige Berechnungen auf der Basis von Geldmenge, Lohnsumme, Subventionslasten und Bankeinlagen setzen sie mit 14-20% wesentlich höher an.⁸⁷ Das ist eine Marge, die bei einer Verrechnung mit Lohnsteigerungen, direkten und indirekten Gehaltszulagen viele städtische Beschäftigte mit realen Einkommensverlusten bedroht.

⁸³ Ebenda; Zhongguo jiaoyu nianjian 1949-81, Peking 1984, S.976-980; China News Analysis, Nr.1314, Hongkong 1986.

⁸⁴ Siehe dazu die zahlreichen Berichte aus den einzelnen Hochschulorten in SWB, 2.11.1985, 7.11.1985 sowie Scharping, Thomas, Reform der Lebensmittelpreise in China, Aktuelle Analyse des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.15, Köln 1985.

⁸⁵ RMRB, 20.9.1986; The Times, London, 24.12.1986.

⁸⁶ ZTN 1986, S.623.

⁸⁷ Pairault, Thierry, Aspects de l'inflation en Chine, in: Le courrier des pays de l'est, Nr.312, Paris 1986, S.39-50.

Hier haben die Preisreformen eine Schmerzgrenze erreicht, zumal wenn es sich um eine inflationsgeschädigte Gesellschaft wie die chinesische handelt, die aus der traumatischen Erfahrung der Vorkriegszeit heraus stets allergrößten Wert auf Preisstabilität gelegt hat. Das brisante Thema Inflation ist geeignet, den im Prinzip durchaus vorhandenen Rückhalt der Reformer in der Bevölkerung zu untergraben. Die chinesische Politik erhält dadurch eine nicht zu leugnende Labilität, denn leicht können die Forderungen nach größeren Freiräumen in ein Verlangen nach mehr staatlichem Dirigismus umschlagen.

So bringt die chinesischen Wirtschaftsreform auf dem gesellschaftspolitischen Feld zahlreiche Belastungen mit sich. Sie ist nicht nur mit Steigerungen des materiellen Lebensstandards und neuen Freiheitserlebnissen verbunden, sondern führt zu all den Härten, die der Versuch zum Aufbau einer modernen Leistungsgesellschaft nach sich zieht. Chinas junge Intelligenz sieht sich dabei mit wachsenden Anforderungen an Leistungsbereitschaft und Selbständigkeit einerseits, weiterhin gültigen Normen des abhängigen Verhaltens andererseits konfrontiert. Die hierdurch eintretenden Spannungen sind zumeist nur latent vorhanden und können - für sich allein genommen - durchaus bewältigt werden. Sie werden jedoch dann manifest, wenn sich das Unbehagen über den Preis der Modernisierungs- und Reformpolitik mit akuten Auseinandersetzungen um Macht und Moral verbindet. In einer konfliktgeladenen Umbruchzeit hat China bisher weder ideologisch-politisch noch sozio-ökonomisch ein neues Gleichgewicht gefunden.